

# Tagungsbericht

**Projektland: Brüssel**

## **Migration und das Gewerbe des Menschenschmuggels**

Kriege, Terrorismus, repressive politische Regime, chronische Armut und soziale Ungleichheit haben allein 2015 über eine Million Flüchtlinge und Migranten nach Europa getrieben. Insgesamt sind weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten von ihnen kommen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika.

Wer sich auf die oftmals riskante Reise begibt, ist fast immer auf die Unterstützung von Schmugglern und Schleppern angewiesen und deren oft brutalen und opportunistischen Methoden hilflos ausgeliefert. Menschenschmuggel ist zu einem lukrativen Geschäft geworden, von dem inzwischen ganze Dörfer und Landstriche entlang der Flüchtlings- und Migrationsrouten leben. Transnational agierende kriminelle Netzwerke und möglicherweise sogar terroristische Gruppen bereichern sich am professionalisierten Menschenschmuggel; mit ernststen sicherheits- und menschenrechtspolitischen Konsequenzen. Das Geschäft mit den Flüchtlingen führt zur weiteren Destabilisierung von Anrainer- und Transitstaaten.

Zum besseren Verständnis der Entwicklung und Funktionsweisen des professionellen Menschenschmuggels hat das Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika eine Studie in Auftrag gegeben, die von der Global Initiative against Transnational Organized Crime mit Sitz in Genf ([www.globalinitiative.net](http://www.globalinitiative.net)) und dem panafrikanischen Institute for Security Studies ([www.issafrica.org](http://www.issafrica.org)) durchgeführt wurde. Diese Studie mit dem Titel *Survive and Advance: The Economics of Smuggling Refugees and Migrants into Europe* (Überleben und Weiterkommen: Das Geschäft mit dem Schmuggel von Flüchtlingen und Migranten nach Europa) bietet eine umfassende Analyse der Dynamiken der irregulären Migration in Afrika und beschäftigt sich mit der Rolle der Menschenschmuggler als Nutznießer und Verstärker der Krise. Sie basiert auf Untersuchungen in zehn Ländern sowie 200 Interviews mit Migranten unterschiedlicher Nationalitäten an sechs Orten entlang der Hauptmigrationsrouten sowie in den Zielländern (Libyen, Ägypten, Griechenland, Italien, Deutschland und Schweden).

Am 16. Februar 2016 wurden die Ergebnisse der Studie bei einer öffentlichen Konferenz in Brüssel vorgestellt, die mit Unterstützung der Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel stattfand. Der stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Europaabgeordnete Markus Ferber verwies in seiner Einführung darauf, wie unabdingbar es sei, die Ursachen und Dynamiken der Migrationsströme nach Europa zu kennen, nicht zuletzt, um die schwierige und emotional aufgeladene Debatte um die richtigen politischen Lösungsansätze erfolgreich führen zu können. Die Hanns-Seidel-Stiftung berücksichtige auch entwicklungspolitische Aspekte, indem sie mit Partnerländern im Süden Aktivitäten durchführe, um die Migration besser zu verstehen, die Länder mit großen Flüchtlingszahlen zu unterstützen (wie in Jordanien) und langfristig zur Besserung der Lebensbedingungen beizutragen.

In ihrem Vortrag definierte eine der Autorinnen der Studie, Tuesday Reitano, Direktorin der „Globalen Initiative zu Bekämpfung der Transnationalen Organisierten Kriminalität“, den Menschenschmuggel zunächst grundsätzlich als Aktivität, die Migranten bei der Überwindung von geographischen, politischen, physischen und kulturellen Grenzen helfe.

Ursachen der in den vergangenen Jahren gestiegenen Migrationsströme seien u.a. der anhaltende Krieg in Syrien und die staatliche Instabilität in Libyen, einem Land, das bevorzugt als Tor zur Ausreise aus Afrika genutzt werde. Schmuggler und Schlepper hätten auf die gestiegene Nachfrage reagiert; es sei zu einer fatalen Professionalisierung und Ausweitung des Geschäfts gekommen. Inzwischen würden gezielt Fehlinformationen, z.B. zum Asylrecht und der Situation von Migranten in Europa, verbreitet, um das lukrative Gewerbe weiter anzukurbeln. Schlepper und Schleuser seien inzwischen weltweit gut vernetzt und könnten schnell auf sich ändernde Gesetzgebungen oder Grenzkontrollen reagieren. Dabei steige der Grad der Kriminalität mit der Höhe der Grenzzäune, so Reitano. Die momentan inkohärente EU-Migrationspolitik bezeichnete die Autorin als regelrechte Einladung für den gewerblichen Menschenschmuggel. Um Schadensbegrenzung zu betreiben, müssten Schmuggler-Netzwerke aufgedeckt und verfolgt werden, auch um festzustellen, wohin die Millionen Dollar aus dem Schmuggel flössen.

Yohannes Abraha, Botschaftsrat an der Äthiopischen Vertretung, betonte, dass aus afrikanischer Perspektive der Begriff Migration grundsätzlich positiv besetzt sei und Migration in vielen Ländern Afrikas häufig als einzige Möglichkeit angesehen werde, um die Lebensbedingungen einer Familie zu verbessern. Für Äthiopien sei die Verknüpfung zwischen Schmuggel und Terrorismus bestätigt. Um die Migrationsströme nach Europa zu kontrollieren, müssten seiner Ansicht nach einerseits Maßnahmen zur Verhinderung irregulärer Migration getroffen werden, wie durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen und die Öffnung legaler Migrationsmöglichkeiten für Studenten und Wissenschaftler. Andererseits müsse der internationale Kampf gegen die Menschenschmuggler aufgestockt werden, nicht zuletzt um irreguläre Migranten vor den Gefahren auf der langen und beschwerlichen Reise nach Europa zu schützen.

Botschafter Atillio Pacifici, Berater für Migration beim Generaldirektor für Afrika im Europäischen Auswärtigen Dienst, erinnerte an die Erklärung der 35 teilnehmenden



Staaten zum Abschluss des Valletta-Migrationsgipfels im November 2015. Es sei ein detaillierter Aktionsplan entwickelt worden, dessen Umsetzung mit Hilfe eines Treuhandfonds nun beginne. Ein umstrittener Punkt sei allerdings die Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten, eine berechtigte Forderung afrikanischer Staaten, gegen die sich einige EU-Mitgliedsstaaten jedoch sträubten.

Die Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission wurde durch Dr. Simona Ardovino vertreten. Sie fühlte sich durch die Ergebnisse der vorgestellten Studie in den Prioritäten ihrer Generaldirektion bestätigt. So habe diese im Mai 2015 beispielsweise einen Aktionsplan gegen den Schmuggel von Migranten herausgebracht, der u.a. gezielt kriminelle Netzwerke aufbrechen soll. Europol und Interpol arbeiteten verstärkt im Bereich Ermittlung und Strafverfolgung zusammen. In Herkunftsstaaten würden zudem Informationskampagnen in Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) durchgeführt.

Anna Knoll vom Maastrichter Thinktank European Centre for Development Policy Management (ECDPM) bezeichnete die Summe des Valletta-Fonds kritisch als Taschengeld im Vergleich zu den Herausforderungen. Sie mahnte eine größere Solidarität zwischen EU-Staaten an. Eine gemeinsame Migrationspolitik müsse kohärent im Sinne entwicklungspolitischer Ziele sein (vgl. die geforderte Politikkohärenz für Entwicklung seitens der Europäischen Kommission) und dürfe keinen reinen Sicherheitsfokus haben.

Im Anschluss an die öffentliche Konferenz diskutierten die Autorin und Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung mit Experten des Europäischen Auswärtigen Dienstes und den Generaldirektionen Migration/Inneres und Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission die Ergebnisse der Studie, Politikempfehlungen und weitere geplante Studienansätze.

**AutorIn: Katharina Patzelt**

**Die Autorin ist Programm-Managerin der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel für den Entwicklungspolitischen Dialog**

**IMPRESSUM**

Erstellt: 25. Februar 2016

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)